



Änderungsantrag

Fraktionen CDU und SPD

Neuen Planungszeitraum der Schulentwicklungsplanung langfristig vorbereiten

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 6/1150**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird gebeten, im IV. Quartal des Jahres 2012 rechtzeitig vor Inkraftsetzung entsprechender Regelungen oder Entscheidungen die Ausschüsse für Bildung und Kultur sowie für Landesentwicklung und Verkehr über die allgemeinen Grundlagen sowie Eckwerte der neuen Verordnung für die Schulentwicklungsplanung der Landkreise und kreisfreien Städte ab dem Schuljahr 2014/2015 zu unterrichten.

Dabei ist insbesondere darzulegen, mit welchen Regelungen ein leistungsfähiges und mit angemessenem Aufwand erreichbares Schulnetz in Sachsen-Anhalt erhalten werden kann und wie die regionalen Besonderheiten berücksichtigt werden sollen.

2. Es ist sicherzustellen, dass die ab dem Schuljahr 2014/2015 gültigen Planungsgrundlagen spätestens im I. Quartal 2013 vorliegen, um den Kreistagen und Stadträten sowie den Verwaltungen der Landkreise und kreisfreien Städte einen angemessenen Zeitraum zu geben, die Planungen für den neuen Planungszeitraum vorzubereiten und demokratische Entscheidungen unter Hinzuziehung aller gemäß Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt zu Beteiligten zu treffen.

Begründung

Die Fortschreibung der Parameter der Schulentwicklungsplanung in der dafür maßgeblichen Verordnung ist eine der zentralen und wegweisenden Maßnahmen für die kommenden Jahre. Nachdem die zu erwartenden Schülerzahlen bis zum Jahre 2025 bei den weiterführenden Schulen mehr oder weniger konstant bleiben werden, ist die

(Ausgegeben am 06.06.2012)

Entwicklung bei den Grundschulen leider rückläufig. Diese Entwicklung ist bekannt und fordert den Gestaltungswillen aller Beteiligten, um rechtzeitig Vorsorge für den Erhalt eines bestandsfähigen Schulnetzes mit zumutbaren Schulwegzeiten für die Schülerinnen und Schüler zu treffen.

Aus diesem Grund sollen die zuständigen Ausschüsse für Bildung und Kultur und für Landesentwicklung und Verkehr rechtzeitig über die zukünftigen Planungsgrößen durch die Landesregierung unterrichtet werden.

André Schröder
Fraktionsvorsitzender CDU

Katrin Budde
Fraktionsvorsitzende SPD